

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 17.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 66 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsverträge pro halbjährige Heft oder deren Raum 25, für Jahrl. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 18. August 1906.

Verlag: A. Lohrberg, Hannover, Münst. Str. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
August Drey, Hannover, Münst. Str. 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von C. A. S. Meißner & Co., Hannover.

15. Jahrg.

Zum VIII. Verbandstage.

Der Verbandstag hat am Sonnabend, den 11. August, in später Nachmittagsstunde seine Arbeiten beendet. Die Anzahl der Delegierten war diesmal, entsprechend der Ausdehnung des Verbandes, hoch, 101. Ein Wahlkreis, der 77. (Alpenrabe, Vorby, Hensburg, Sonderburg, Westerland), mußte unvertreten bleiben, weil sowohl der gewählte Delegierte, als auch der Ersatzmann an der Ausübung des Mandats verhindert waren. Der Delegierte Meuring war für den Wahlkreis 23 und den Wahlkreis 22 gewählt. Der Verbandstag entschied, daß Meuring das Mandat für den 22. Wahlkreis auszuüben habe. Mit der Vertretung des Wahlkreises Dresden wurde die Kollegin Wadwiz beauftragt. Damit war die Zahl der Delegierten 3 geworden.

Der Verbandstag hatte über eine große Anzahl Wahlproteste zu entscheiden. Einigen lag folgender Tatbestand zugrunde: Eine Anzahl Wahlstellen hat es unterlassen, sofort nach Vornahme der Wahl die Wahlprotokolle einzusenden. Die Folge ist gewesen, daß das Wahlergebnis auf Grund der rechtzeitig eingegangenen Protokolle festgestellt wurde. Eine Anzahl der abgegebenen Stimmen konnte daher nicht mitgezählt werden, lediglich, weil die Protokolle zu spät eingekam. Die Mandatprüfungskommission stellte sich auf den Standpunkt, die angeforderten Mandate für gültig zu erklären. Der Einwand, für die Einsendung der Protokolle sei kein Termin angegeben, wurde für erheblich nicht erachtet. Es habe jede Wahlstelle wissen können, daß die Einsendung der Protokolle unmittelbar nach vollzogener Wahl vorgenommen werden mußte, um die Stichwahlen rechtzeitig erledigen zu können. Auch der Einwand, daß bei anderen Wahlkreisen als den angeforderten mit der Feststellung des Wahlergebnisses gewartet, konnte nicht gelten; hier handelte es sich um Wahlkreise, die von einer Wahlstelle gebildet wurden, und wo eventuelle Stichwahlen rasch vorgenommen werden konnten.

Gegen zwei andere Delegierte waren Proteste eingegangen, weil die protestierenden Kollegen den Gewählten Handlungen nachsagten, die man als eines Arbeitervertreters würdig nicht erachten kann. Gleichwohl konnte die Mandatprüfungskommission, der alles Belastungsmaterial vorlag, zu einer Aberkennung der Mandate nicht kommen. All die Handlungen waren vor der Wahl den Mitgliedern bekannt geworden. Trotzdem wurden diese beiden Vertreter gewählt. Da Verstöße gegen das Wahlreglement in den Protesten nicht angegeben, konnte die Mandatprüfungskommission nicht anders, als unter dem Ausdruck des Bedauerns über die gegenseitigen Streitigkeiten die Wahl für gültig zu erklären. Die Kollegen aus Mannheim-Neudorf hatten einen Kollegen enthandelt, der vom Verbandstage anerkannt werden sollte. Die Mandatprüfungskommission entschied sich dafür, dem Kollegen die Teilnahme an dem Verbandstage nicht zu gestatten. Es entspräche das der bislang geübten Praxis. Abweichungen davon könnten dahin führen, daß in Zukunft alle Wahlstellen, die in Differenzen mit der Verbandskommision geraten, einen Kollegen zum Verbandstage sendeten. Ein solcher Austrag von Meinungsverschiedenheiten entspräche nicht den Satzungen des Statuts.

Die umfangreiche Tagesordnung wurde noch um zwei Beratungsgegenstände erweitert: die Punkte Organisation der Landarbeiter und die Maifeier. Der Verbandstag beschloß, die Gauleiter, soweit sie nicht als Delegierte anwesend waren, telegraphisch zur Teilnahme an dem Verbandstage herbeizurufen. Die Berichterstattung nahm 1 1/2 Tage in Anspruch. Verschiedene Maßnahmen des Vorstandes: Ausschreibung der Extrastener, Verweigerung der Unterstützung bei Streiks und anderes führten zu einer lebhaften Aussprache. Der Verbandstag kam zu der Überzeugung, daß die Ausschreibung der Extrastener notwendig war, daß auch Form und Zeitpunkt der Erhebung nicht gut anders gewählt werden konnten. Es wurde beschloffen, den Kollegen, die mit der Begleichung des Extrabeitrages noch im Rückstande sind, die sofortige Zahlung zu empfehlen.

Auf Antrag der Wahlstelle Magdeburg wurde beschloffen, daß der Vorstand alljährlich im „Proletarier“ Bericht über seine Tätigkeit erstatten soll. Ein anderer Antrag der Wahlstelle Köln, welcher die Herausgabe eines Jahrbuches forderte, wurde dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Die zur Gauseinteilung gestellten Anträge wurden einer Kommission überwiesen. Diese empfahl bei ihrer späteren Berichterstattung den einen der Anträge dem Vorstande zur Erwägung, im übrigen wurde die Anstellung eines Gauleiters für Schlesien beschloffen, alle anderen Anträge auf Aenderung der Gauseinteilung aber abgelehnt.

Der Punkt: „Unsere Tattigkeit bei Streiks und Lohnbewegungen“ wurde durch die beim Vorstandsbericht gepflogene Aussprache als erledigt angesehen. In einer Resolution, die die Zustimmung des Verbandstages fand, verpflichtete der Verbandstag die Mitglieder und Wahlstellen: „mehr als feilher die Bestimmungen des Streit-

Reglements und die Anordnungen des Vorstandes bei Inszenierung von Lohnbewegungen zu beachten.

Eine lebhafte Auseinandersetzung erfolgte beim Punkt: „Grenzstreitigkeiten“. Der Verbandstag erklärte sich mit den Beschlüssen der Vorstandskonferenz einverstanden, gab dem Kartellvertrag, der mit dem Vorstand der Organisation der Bauarbeiter vereinbart worden, seine Zustimmung und erhob die auf der Ziegler-Konferenz in Magdeburg zur Annahme gekommene Resolution zum Beschluß.

Der von dem Vorstand, dem Ausschuß und den Gauleitern vorgelegte Antrag gelangte in folgender Fassung zur Annahme:

„Um eine bessere Bearbeitung unseres Agitationsgebietes zu ermöglichen, sind folgende Betriebe für unsere Organisation besonders zu bearbeiten: Ziegeleien, Zementfabriken, chemische Industrie, Papierfabriken, Zuckerraffinerien, Molkereien, Brennerien usw.“

Außer den hier aufgeführten Betrieben erachten wir die Gewerbebetriebe zu unserem Agitationsgebiet gehörend, für welche uns die Generalkommission für zuständig erklärt hat. Die Beschlüsse bezüglich der Grenzstreitigkeiten werden vielfachen Mißdeutungen ausgesetzt sein, daher erachten wir es für erforderlich, daß unsere Kollegen die Berichterstattung der Delegierten abwarten und mit ihrem Urteile nicht vorgreifen.

Für heute wollen wir nur noch bemerken, daß der Verbandstag das Eintrittsgeld auf 50 Pf. erhöht hat. Die Mitgliedsbücher werden zukünftig mit einem Umschlag geliefert werden. Der Beitrag ist für die männlichen Mitglieder auf 40 Pf. pro Woche festgesetzt worden. In der nächsten Nummer kommen wir eingehender auf die Verhandlungen und Beschlüsse des Verbandstages zurück.

Cohn- und Arbeitsbedingungen in der „Hammonia“, Stearin-Fabrik zu Hamburg.

Ist ein industrieller Betrieb gleich einem Taubenschlage, wo heute die Arbeiter kommen, um morgen schon wieder zu gehen, so kann man gewiß sein, daß derselbe kein Eldorado für die Arbeiter ist.

Dieser Erfahrungssatz bewahrheitet sich auch bei der Hamburger Stearin-Fabrik. Können wir in diesem Betriebe doch Arbeiter aller Branchen antreffen: Metallarbeiter, Glaser, Holzarbeiter, Transportarbeiter usw. Diese Arbeiter betreiben die Arbeit in der Lichtfabrik als einen Notbehelf, als ein Durchgangsstadium, bis sie wieder in ihrem Beruf Arbeitsgelegenheit finden. Die Folge davon ist leider die, daß der Betrieb sehr schwer durchzuorganisieren ist, und daß daher sich solange die denkbar traurigsten Lohnbedingungen halten konnten.

Die Arbeitszeit dauert von 6 bis 6 Uhr, für Tag- wie für Nachtschichtler. Während für die Tagsschichtler zwei Stunden täglich für Essenspausen festgesetzt sind: 1 1/2 Stunde Mittag, 1/2 Stunde Frühstück und eine Viertelstunde Vesper, haben die Nachtschichtler nur 1 Stunde Pause und zwar von 12 bis 1 Uhr nachts. Aber auch für die Tagsschichtler sieht es bezüglich der Pausen schlimm aus. Sofern sie nämlich Innenarbeiter sind und die Maschinen zu bedienen haben, fallen für sie die Pausen fort. Sie müssen im Stehen bei der Arbeit ihr Brot verzehren. Dabei haben diese Arbeiter, namentlich an der Delpresse, im Mißgrau, bei der Reinigung der Wottische, in der Schmelze, in einer außerordentlich hohen Temperatur zu schaukeln, bei einer Temperatur von oft 60 Grad Celsius, wie uns versichert wird, so daß den Arbeitern förmlich der Atem benommen wird. Die Hofarbeiter dagegen haben außerordentlich schwere Arbeiten zu verrichten. Sie haben die Riffen mit der fertigen Ware sowie das Rohmaterial in Säcken und Säden von 260—280 Pfund zu schleppen. Die Innenarbeiter haben einen Stundenlohn von 32 Pf., sie kommen also bei 12 stündiger Arbeitszeit auf 3,84 Mark täglich. Die Hofarbeiter haben einen Stundenlohn von 35 Pf., gleich 3,50 Mark täglich. Ueberstunden und Nachtarbeit wird um keinen Pfennig höher bezahlt.

Man denke, mit einem Wochenverdienst von 21 bis 23,04 Mark soll in der Großstadt mit den außerordentlich hohen Miet- und Lebensmittelpreisen ein Familienvater seine Familie ernähren! Das ist einfach unmöglich. Beim Gehen der Lichte und beim Packen sind nur wenige Männer, dagegen hauptsächlich Frauen und Mädchen beschäftigt. Ist doch Frauenarbeit soviel wohlfeiler!

So erhalten die weiblichen Arbeiter für einen Guß (100 Lichte) 5—6 Pf., während die männlichen Arbeiter 6 1/2—7 Pf. und bei mehr als 40 Guß 10 Pf. pro Guß erhalten.

Die Frauen verdienen bei dieser Akkordarbeit 2—2,40 Mark täglich.

Dabei ist die Arbeit außerordentlich anstrengend. Sie haben nicht nur stehend die Arbeit zu verrichten, sondern

auch unausgesetzt mit den 8—15 Pfd. schweren Kannen, in denen die heiße, flüssige Masse sich befindet, zu hantieren. Sie haben Obacht zu geben, daß die Döchte richtig eingezogen sind, die Lichte abzunehmen, wenn sie fertig sind und in die Tröge zu legen und diese gemeinsam mit den Akkordarbeiterinnen, die die Lichte zu beschneiden haben, an die Schneidemaschinen zu transportieren. Daß die Arbeit schrecklich schmerzhaft ist, so daß die Kleider von Fett starren, versteht sich am Rande.

Die weiblichen Arbeiter, die die Schneiden der Lichte zu besorgen haben, erhalten für diese Arbeit 25 Pf. für 100 Kilo. Sie nehmen eine Portion Lichte, legen sie in die Maschine, ähnlich einer Brotschneidemaschine, die auch wie eine solche mit der Hand bedient wird und ein Aufgebot von ziemlicher Körperkraft erfordert, und schneiden die Lichte glatt, um sie dann wieder in die Tröge zu legen. Die Schneiderrinnen haben diese Tröge, die mit Inhalt 25 bis 32 Kilo wiegen, an die Wage zu schleppen und je 4 Tröge übereinander zu stapeln. Wie leicht können sie sich dabei verheben und gar Unterleibsleiden zuziehen.

Im Akkord verdienen diese Arbeiterinnen ähnlich wie die Gießer. Im Tagelohn erhalten sie 1,70 Mk.

Das Fräsen, Polieren und Schneiden der Kronkerzen geschieht meist im Tagelohn und wird wie oben entlohnt.

Das Verpacken der Kerzen ist Akkordarbeit und wird für 100 Schachteln mit je 6—10 Kerzen 12 Pf. bezahlt. Mit welcher fieberhaften Tätigkeit gearbeitet werden muß, wollen die Arbeiterinnen es auf 2,40—2,50 Mk. pro Tag bringen, läßt sich denken.

Fürs Etikettieren lohnt es pro 100 Schachteln 8 Pf., Tagesverdienst 1,70—2,40 Mk.

Ist der Lohn schon ein karger, so drohen der Arbeiterschaft laut Arbeitsordnung noch für alles mögliche Strafen. So werden Strafen von 20 Pf. bis 1 Mk. angedroht, wer die §§ 4, 5 und 6 der Arbeitsordnung nicht befolgt, die von dem unbedingten Gehorsam der Arbeiter gegenüber den Vorgesetzten, von der Aufrechterhaltung strenger Ordnung und Reinlichkeit und von den Unfallverhütungsvorschriften handeln.

Außerdem behält sich die Direktion vor, die Arbeiter für allen, selbst den geringsten Schaden, mit ihrem Lohne — von dem zwei Tagelöhne innebehalten werden — haftbar zu machen.

Wer seine Kontrollmarke vergißt, erhält 10 Pf. Strafe, wer sie verliert, 30 Pf.

Wer geistige Getränke mit an die Arbeitsstätte bringt, hat 50 Pf. zu zahlen. Dabei wird in der Fabrikantine Bier feilgehalten!

Wer auf dem Fabrikgrundstück raucht, muß 2 Mark Buße zahlen.

Wer sein Trinkgeschloß stehen läßt, 20—50 Pf. Strafe.

Wer betrunken oder schlafend angetroffen wird, hat die Arbeit zu verlassen und verliert den Lohn des laufenden Tages.

Das Mitnehmen von Kerzen ist verboten und der Portier verpflichtet, den Arbeiterinnen Körbe und sonstige Behälter zu untersuchen, ob sie nichts Gestohlenes darin haben.

Da scheint man ja jeden Arbeiter, jede Arbeiterin ohne weiteres für einen Dieb zu halten.

Wahrlich, man sollte meinen, sowohl die überaus traurigen Löhne, sowie die famose Arbeitsordnung mußten die Arbeiterschaft geradezu aufpeitschen zum gewerkschaftlichen Kampf, um diese Verhältnisse einer Besserung entgegenzutreiben.

Müssen sie sich doch sagen, schlechter wie in der Hammonia kann's mir nicht gehen. Wenn ich bei meiner schweren Arbeit nicht einmal soviel verdienen soll, daß ich mit meiner Familie mich satt zu essen vermag, da mag der Teufel die ganze Arbeit holen. In der jüngsten Zeit hat die Organisationsleitung aufs neue intensiv mit der Agitation bei diesem Betriebe eingeseht. Mögen die uns noch Fernstehenden möglichst bald nachholen, was sie bisher veräumten. Mögen sie Mitglieder unserer Organisation werden, alle, die dort fronden, und über ein kleines wird es uns dort gelingen, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Vom christlichen Gewerkschaftskongress.

Biel müßige Staffage und prunkvoller Dekor — wenig innerer Gehalt und nutzbringende Arbeit ist als Signum des am 23. und 24. Juli in Breslau getagten christlichen Gewerkschaftskongresses zu bezeichnen. Wer gab sich da nicht alles die Ehre, durch sein Erscheinen in höchst eigener Person dieser Zusammenkunft der Christlichen ein gewisses Prestige zu geben, das ihr durch ihre tatsächlichen Beratungen sonst verjagt geblieben wäre — nach unserer Ansicht auch verjagt geblieben ist! Vertreter für den Oberpräsidenten, für den Regierungspräsidenten, für den Polizeipräsidenten, für den Oberbürgermeister und Magistrat, für das Konsistorium waren erschienen und hielten Ansprachen und — last not least —

auch Professor Sombart hat sein Teil zur Verschönerung dieses Doktors, das aber erst dadurch den richtigen Sinn bekam, daß sich der Regierungspräsident v. Jedlich-Trützschler zu einer höchst eigenartigen Ansprache herabließ. Bei jowiel Ehre auf einmal mußte natürlich eitel Freude herrschen in Tolias Gallen! Und sie herrschte, und mit dem Applaus wurde nicht gelacht.

Standen denn aber wirklich — bei objektiver Beurteilung — für das öffentliche und wirtschaftliche Wohlbefinden so wichtige Verhandlungen auf der Tagesordnung, die eine so warme Fürsorge dieser immerhin zahlreichen Vertretung von höheren Staatsbeamten begreiflich, berechtigt und notwendig erscheinen ließen?

Diese Geschäftigkeit, mit der Vertreter höherer staatlicher und städtischer Behörden bemüht waren, der Einladungen der Christlichen zu ihren Kongressen Folge zu leisten, regt zu einem Vergleich an, wie denn im gleichen Falle die Kongresse der freien Gewerkschaften behandelt wurden. Nicht, daß wir der Anwesenheit von Regierungsvertretern auf Arbeiterkongressen überhaupt eine große Bedeutung beimessen, aber wenn diese Vertretung nicht nur eine bloße Staffage sein soll, sondern den Wert der Information über die wirtschaftliche Bewegung und über die Forderungen der deutschen Arbeiter und ihrer Gewerkschaften haben soll, so müßte wohl eine Anwesenheit auf Kongressen der freien Gewerkschaften von ungleich höherer Bedeutung sein, wie solche bei den christlichen Gewerkschaften. Allein schon darum, weil sie in ihrer numerisch weit größeren Zahl als eigentliche Vertreter der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland gelten müssen, — wenn diese offensichtliche Tatsache die Regierung nicht durch Vogelstraufmanier ignorieren will —, dann aber auch, weil auf diesen Kongressen für die Staatsmänner weit wichtigere Dinge behandelt wurden. Auf dem Kongress in Stuttgart war's, wo die Tagesordnung besonders zur Einladung von Regierungsvertretern anregte. Die Vertretung war aber äußerst dürftig. Dort wurden für die Regierung so wichtige Materien behandelt, wie: „Die Hausindustrie“, „Arbeitslosenstatistik und Arbeitslosenversicherung“, „Das Koalitionsrecht der Eisenbahner“, „Die Anwendung des Erpreßungsparagrafen gegen die Gewerkschaften“, „Der Zolltarif“, „Das Submissionswesen“. Der christliche Gewerkschaftskongress dagegen regelt fast ausschließlich innere Organisationsangelegenheiten und Fragen seiner äußeren Aktionsfähigkeit.

Das Interesse, das die Regierungen diesen beiden Tagesordnungen hätten entgegenbringen müssen, zeigte sich aber in der Vertretung im umgekehrten Verhältnis zur Wichtigkeit dieser Beratungsgegenstände. Wenn's nicht daran schon recht ersichtlich wäre, was die eigentliche Triebfeder zu der recht unterschiedlichen Würdigung dieser beiden Kongresse durch die Regierungen bildet, so ist's noch drastischer zutage getreten durch die Reden, die von den Regierungsbeamten auf dem christlichen Gewerkschaftskongress geschwungen wurden. In ihnen allen — selbst wohl auch in der des Professors Sombart — leuchteten die Hoffnungen durch, daß sich die christlichen Gewerkschaften doch noch zu der Aufgabe berufen fühlen werden, die jetzt auf politischem Gebiete der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ gegen die Partei so „ruhmvoll“ zu lösen sich bemüht. Deshalb werden sie von den hohen Professorenschaften geschätzt und gefördert. Mit Bedauern müssen wir in dem Augenblick die Christlichen dieses Wohlwollens vermessen, wenn ihre Gewerkschaften einmal den Versuch machen, die Interessen der Arbeiter ernstlich vertreten zu wollen. Dann zeigen Polizei und Behörden ihre Krallen unter dem Samtpfötchen und alle kongressliche Schaumseifenperlerei zerfällt in polizeiliche und behördliche Schlitane. Darüber wurde auch auf dem Kongress einiges gewiselt. So, als zur Sprache kam, daß ein von ihnen angeführter italienischer Journalist in dem Augenblick als lästiger Ausländer des Reiches verwiesen wurde, als er anfang, die im Rheinland sehr zahlreich beschäftigten, von den Unternehmern trotz ihres Patriotismus wegen ihrer billigen Arbeitskraft sehr bevorzugten italienischen Arbeiter zu organisieren.

Die Kampfen! Kommen sie uns doch schier vor wie die Genarrten. Bei ihren hohen beamteten Protektoren erstrecken sie sich nur des Wohlwollens, so lange sie ihre Verantwortlichkeit zeigen, sich in deren Dienste zu stellen, um gewisse Zwecke zu erreichen; in dem Falle: um gegen die freien Gewerkschaften anzukämpfen und somit gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Aber auch mit der ihnen nahe liegenden politischen Partei sind sie die Genarrten. Diese Erkenntnis scheint endlich auf dem Kongress zum Durchbruch gekommen zu sein. Wie konnte es denn auch anders sein! Daß das Zentrum in seiner vielseitigen Zusammenhangung und Interessenvertretung nicht Arbeiterpolitik treiben, nicht Interessen vertreten kann, die von einer wirtschaftlichen Arbeitervereinigung zu fordern sind, war für jeden einflussreichen Politiker und Kenner der Sache kein Geheimnis. Die Sonntag-Nachmittag-Redigten über Duldung und Verfolgung passen eben doch nicht in Gewerkschafts-Beratsammlungen und befriedigen auf die Dauer nicht Arbeiter, die von ihrem Zusammenhang in einer Gewerkschaft doch bei aller energiegelassenen Wachsamkeit und Demut etwas mehr verlangen und die doch schließlich positive und praktische Erfolge in der Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage sehen wollen. Diese Unzufriedenheit kam dadurch zum spontanen Ausdruck, daß der von einem unserer getreuen Lesenden, es wärfte eine christlich-sozialistische politische Arbeiterpartei von Seiten der christlichen Gewerkschaften gegründet werden, die in erster Reihe selbstständige Kandidaten bei politischen Wahlen aufstellen müßte, mit großem Beifall aufgenommen wurde. Wenn es wirklich dazu kommt, wird unsere gemäßigten politischen Parteileben in Deutschland ein neues Glied eingereiht, wenn auch vorläufig nur in Verbindung eines Parteivertrages mit dem Reichstages Abgeordneten — jenseits Angedenkens! Damit werden die bisherigen christlichen Gewerkschaftler, die schließlich jetzt das vorwiegende Element in ihren Gewerkschaften bilden, auch nicht befriedigt werden, denn die neugegründete christlich-sozialistische politische Partei würde früher, wenn sie es wirklich zu einer Vertretung brächte, ohne jeden Einfluß auf unser politisches und wirtschaftliches Leben sein. Weder im politischen noch im gewerkschaftlichen Leben hat eben die Verwässerung und Sondernormen auf Erfolg für die Arbeiter

zu rechnen, sie schädigt vielmehr die Arbeiterinteressen und erschwert den Kulturfortschritt der Arbeiter und ihrer einheitlichen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen!

Auch die Agitation unter den Arbeiterinnen — kam auf dem Kongress zur Sprache. Fräulein Behm-Berlin, die seinerzeit schon die Heimarbeiter-Ausstellung für die christlichen Gewerkschaften fruchtbarer wollte, gab ihre Ansichten und Rathschläge darüber zum besten, die besonders bei der Empfehlung, die Dienstmädchen zu organisieren, eine starke Kopie der seither und neuerdings befolgten Taktik der freien Gewerkschaften zeigte. Sonst ist aus ihren Ausführungen nicht viel für unsere Leserinnen Bemerkenswertes zu sagen. Die alte Idee wurde auch hier wieder von ihr vertreten, daß die Arbeiterinnen in konfessionellen Vereinen organisiert werden müssen, die nicht nur religiös-sittliche Aufgaben erfüllen müssen, sondern auch Aufklärung über einige wirtschaftliche Fragen zu geben haben. Uns will bekümmern, daß Fräulein Behm da eine Postkarte zu spät kommt, denn dem „bringen den Bedürfnis“ ist glücklicherweise heute schon genügt. Wer von den Arbeiterinnen Lust hat, sich an seine religiöse und vor allem auch sittliche Pflicht alltäglich oder zum mindesten allwöchentlich erinnern zu lassen, kann in die jetzt schon bestehenden, diese Aufgabe mit anerkannter Aufopferung sich hingebenden Vereine, als da sind Jungfrauenvereine, Parochialvereine, Sonntagsschulen usw. eintreten, zum Ueberflus vielleicht noch die leerstehenden Kirchen fallen. Dazu bedarf es also keiner Neugründung von Vereinen, die dafür bestehenden leiden schon an chronischer Mitglieder-Schwindsucht.

Es heißt die Arbeiterinnenpsychologie schlecht kennen, wenn man meint, die Mehrzahl der Arbeiterinnen wäre schließlich für eine Organisation zu gewinnen, wo sie nach des Tages schwerer Last und Mühe auch 7 1/2 Lust hätte, ein religiöses Gezeire oder gar sittliches Gezeiere über sich ergehen zu lassen, sie, die durch unsere widerwärtliche Gesellschaftsordnung, um ihren guten Ruf zu erhalten, sich schon in sogenannter sittlicher Beziehung die größte Mühe aufzuwenden muß. Nein, dergleichen Vereine haben wir schon, sie sind von Unternehmern oftmals dann gegründet worden, wenn nach irgend einem Streit die Arbeiterinnen wieder ihrer Gewerkschaft abtrünnig gemacht werden sollten, sie haben aber für die Interessenvertretung der Arbeiterinnen nie mehr Bedeutung erlangt, wie etwa die entschlossene national-soziale Partei im lebhafte pulsernden deutschen Parteileben. Der Liebe Mühe wird hier vergebens sein. Nicht in religiös-sittliche Kaffeetränken-Vereine gehört die schwergeplagte Arbeiterin, in strengster Absonderung von den Arbeitern, sondern mit ihren männlichen Arbeitsgenossen organisatorisch vereint in kräftige, finanziell gut fundierte gewerkschaftliche und politische Organisationen, die ihre Forderungen als gleichberechtigt anerkennen und ihren Unterdrückten gegenüber standhaft vertreten. Dort werden Arbeiterinneninteressen vertreten, Fräulein Behm, nicht in kleinen Konventikeln mit religiös-sittlicher Sentimentalität!

Es erschien uns notwendig, an dieser Stelle mit einiger Ausführlichkeit einmal auf diese fundamentalen Unterschiede hinzuweisen, die zwischen den zwei Gewerkschaftsbewegungen bestehen. Gewiß kann nicht bestritten werden, daß auch die christlichen Gewerkschaften an Mitgliedern gewinnen. Wenn der Landmann erntet, fällt auch für den Sperling manches Körnlein ab. Die auf der großen Heerstraße mächtig vorwärts schreitenden freien Gewerkschaften lassen manchen Ueberzeugungsschwachen beiseite taumeln und manchen Unentschlossenen zurückbleiben. Auch mancher nach seiner Ansicht vermeintlich Bekannte und Verärgerte wendet seiner Gewerkschaft in oft für ihn verhängnisvoll gewordenen Kurzichtigkeit den Rücken. Von diesen suchen dann viele willkommener Unterschlupf in den gewerkschaftlichen Konkurrenzorganisationen, um hier ihrer Eigenbrödelei fröhnen zu können. Sie aber haben damit das Odium auf sich geladen, daß sie dem Rade des Arbeiterfortschritts hindern in die Speichen gefallen sind. Früher oder später kommt dann den meisten doch die Erkenntnis ihres unpolitischen Tuns und das Erwachen des Bewußtseins, daß nur eine geeinte Gewerkschaftsbewegung, frei von allem religiösen Dornbüschel, eheliche Arbeiterinteressen vertreten kann.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ressourcen an den Börsen. — Vorkünftige Diskontpolitik der Kreditzentralen. — Die Ernteschätzungen. — Kohle, Eisen und Textilgewerbe.

Die internationale Hochkonjunktur hat mehr und mehr das Vertrauen verloren, daß die altüberlebte russische Staatsregierung nochmals einen gangbaren Ausweg aus ihrer selbstverschuldeten Not finden würde. Die Auflösung der Volksvertretung entseufte an den Börsen eine wehre Panik, die zeitweise alle möglichen anderen Werte erschütterte und beehrte. In Berlin notierte am 24. Juli die 1902er Anleihe 69,40 bzw. 68 1/2 Prozent, in London stand die neueste (Kampffranzose!) Anleihe 12 1/2 Prozent unter pari.

Ein paar Tage darauf zeigte sich allerdings die alte wohlorganisierte Gegenwehr wieder richtig am Werke. Durch Interventionen gelang es, die alte und neuen Bankenbankiers abermals die Ruhe zu der befreundeten Perle variieren man von neuem das Thema, daß nur unter Mitwirkung der überliefernten Staatsgewalt Russland vor dem völligen wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch zu retten sei. In der Tat erreichte man auf diese Weise wieder eine gewisse Beruhigung und Entspannung; gestern, am 28. Juli, notierte Berlin wieder 72 1/2 Prozent. Das Londoner Disagio war bis auf 8 1/2 Prozent zusammengeschrumpft — was freilich nach wie vor nicht gering ist.

Wir beruhigen hier diese Erörterungen lediglich deshalb, weil sie noch auf lange Zeit unsere großen Kreditzentralen zu peinlicher Nothzeit zwingen werden. Dies kam am 26. Juli in der Sitzung des Zentralbankausschusses der Deutschen Reichsbank zum Ausdruck. Der Reichsbankpräsident Dr. Koch konstatierte zwar umgehend die Notwendigkeit nach der Entspannung des Halbjahresgeschäftes, aber der Herrsch wurde die Bekämpfung des Defizites abermals im Steigen zeigen, und auch im Hinblick auf die politische Lage empfahl sich die Aufrechterhaltung des relativen hohen Diskontsatzes. (4 1/2 Proz.)

Wehr in dem Mittelpunkte des allgemeinen Interesses rückt um diese Jahreszeit regelmäßig auch die Ernteschätzung und die Erholung der verfallenen Ernteschätzungen für das importabhängige Europa. Der eben publizierten deutsche offizielle Ernteschätzungsbericht für Mitte Juli lautet fast buchstäblich gleich. Wir geben nach dem „Reichsanzeiger“ die folgenden Angaben hervor: Eros während der letzten Monate der Regenzeit hervorgehobener Regen, die einige Minderungen des Erntertrages bedingten, habe der Stand des Getreidebestandes im allgemeinen eine recht günstige Beurteilung. Mit dem Beginn des Roggens war zur Zeit der Berichterstattung in vielen Gegenden bereits begonnen, und zwar zum Teil erheblich früher als in vorigen Jahren, in einigen anderen dagegen, z. B. in

Württemberg, ist das Getreide noch ziemlich grün, so daß die Ernte dort später als gewöhnlich eintreten dürfte. Auch die Sommerhalme fruchtete hätten im großen und ganzen ihren gewöhnlichen vormonatlichen Stand teils behauptet, teils noch etwas verbessert. Der erste Schnitt der Futterernte brachte fast überall gute, teilweise sogar besonders reichliche Erträge, die auch meist gut geborgen werden konnten. Der zweite Schnitt, dem das zweite Wetter gut zufließen kommt, verspricht ebenfalls befriedigend auszufallen. Nur das Nachtraten der Kartoffeln soll unter den letzten Jahren Niedererträgen etwas gelitten haben. — Die Ernterückstände im Ausland lauten ähnlich. Englands Ernteschätzungen fallen kaum hinter denen des Vorjahres zurück. Frankreich hofft, was seine Haupternte, den Weizen, anbelangt, wieder ohne auswärtige Hilfe auskommen zu können. Aus Oesterreich-Ungarn liegen überwiegend gute Erntebilder über Brotgetreide vor. Die neueste offizielle Ernteschätzung Rumäniens spricht von einer für dieses wichtige Agrarland noch nie dagewesenen großen Weizenerte, während die Erwartungen für die ausgedehnte Maisproduktion gleichfalls als sehr gute bezeichnet werden. Endlich reihen sich die Vereinigten Staaten mit einer wahrscheinlich mehr als mittelgroßen Ernte in Winter- und Frühjahrsernte an. — Als Wetterwunder konnte demnach nur Rußland in Frage kommen. Die Mitteilungen über die geschätzten und angelegten Erntemengen widersprechen sich hier vollständig. Dazu tritt die Unsicherheit, ob die Erntearbeiten in Ruhe zu Ende geführt werden können, und ob alsbald weiter die Verläufe und Transporte sich ungehindert und ohne Katastrophen abwickeln werden. Unser Großhandel scheint meist anzunehmen, daß die innere Versorgung Rußlands den Getreideexport in nächster Zeit eher steigern wird beeinträchtigen müßte: je mehr die Vorhufleistung seitens der selber bedrängten Banken aufhöre, desto weniger ließen sich Getreidebestände im Innern ansammeln, desto rascher müßte der ewig geldbedürftige russische Landwirt sein Getreide abstoßen; je mehr spätere Berlebstörungen drohen, desto länger werde man es mit der Abstoßung der verfügbaren Ware nach dem Auslande haben. Auf jeden Fall glaubt der internationale Getreidegroßhandel unter den jetzigen Verhältnissen an keine bemerkbare Tendenz zu wesentlicher Preissteigerung.

Der sorgfältig geführte Stand unserer industriellen Tätigkeit spiegelt sich, wie in den Vormonaten, in der Kohlenproduktion und dem Kohlenverbrauch am besten wieder. Von Januar bis Juni produzierte Deutschland Tonnen:

	Im laufenden Jahre	Im Vorjahre
an Steinkohlen	67 257 295	56 680 691
an Braunkohlen	26 911 978	24 944 082
Dieser großen Unterschiede beruhen natürlich, wie schon oft erwähnt, zum Teil auf dem vorjährigen Streik. Daß sie aber für den Kohlenverbrauch in Deutschland nicht entfernt wettgemacht wurden durch die größere Einfuhr im Vorjahre oder durch die größere Ausfuhr im laufenden Jahre, ergeben die folgenden Biffern. Es wurden eingeführt:		
Steinkohlen	1905 4 819 006	1906 4 131 808
Braunkohlen	1905 8 920 718	1906 4 220 234
ausgeführt:		
Steinkohlen	1905 8 191 751	1906 8 734 472
Braunkohlen	1905 10 545	1906 9 269

Es sind also zwar über 1 1/2 Millionen Tonnen Brennstoff mehr zur Ausfuhr gelangt; ferner stellte die Einfuhr dem deutschen Markt etwa 400 000 Tonnen weniger zur Verfügung. Dafür betrug jedoch die Mehrzufuhr aus den heimischen Gruben über 12 1/2 Millionen Tonnen! Wenn man davon noch so viel auf die stärkere Vorratsbildung dieses Jahres anrechnen wollte, so bleibt der Mehrverbrauch dennoch ein überraschend großer.

In der Hoheisenproduktion ist der Juni (1 009 015 Tonnen) etwas hinter dem Mai (1 048 150 Tonnen) zurückgeblieben, offenbar nur, weil der Mai 31 Tage zählt und weil in den Juni mit seinen 30 Tagen auch noch die Pfingstunterbrechung fiel. Das ganze letzte Halbjahr steht ansehnlich über dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Es betrug nämlich im ersten Halbjahre von 1906 die Erzeugung von Hoheisen insgesamt 6 073 936 Tonnen gegen 5 098 588 Tonnen im ersten Halbjahre 1905. Auf die einzelnen Sorten verteilen sich diese Biffern wie folgt, wobei in Klammern die entsprechenden Zahlen für 1905 angegeben sind: Gießereierhisen 1 050 878 (869 397) Tonnen, Bessemererhisen 238 492 (190 807) Tonnen, Thomaserhisen 3 910 349 (3 319 105) Tonnen, Stahl- und Spiegeleisen 454 407 (319 751) Tonnen, Puddeleisen 419 810 (399 528) Tonnen. — Die gemischten Werke, die Hoheisen weiter verarbeiten, geben ihres ihres starken Bedarfs allmählich gar kein Hoheisen mehr an das Syndikat zum Weiterverkauf ab. Die reinen Eisenwerke, deren Tage schon gezählt scheinen, erleben darum nochmals, vielleicht zum letzten Male, eine ausnahmsweise günstige Absatzkonjunktur. Freilich fällt der ausschlaggebende Verbrauch von Hoheisen heute schon auf die gemischten Betriebe. — Im großen und ganzen bleibt die Signatur der grundlegenden Eisengewerbe: flächige Anspannung der Produktionsfähigkeit, lange Lieferfristen für die Besteller. So liegt es aus dem letzten, am 19. Juli dem Beirat erstatteten Geschäftsbericht des Stahlwerksverbandes heraus, und zwar für fast alle Produktionsabteilungen, vor allem jedoch für Halbzeug, Grubenmaschinen und Formeisen. Eine Rundfrage bei den rheinisch-westfälischen Schweißereiwärkern, ergab fast durchweg Ausverkauf der Werksproduktion für 3 bis 4 Monate bei reichlichen Spezifikationen für längere Zeit. Die Draht- und Stahlfabrikation ist bereit beschäftigt, daß trotz der Auflösung des Verbandes höchstens mit einer Preissteigerung, keinesfalls mit einem Preisstutzen gerechnet wird.

Keinliches hören wir weiter von den meisten Textilindustrien, in erster Linie aus der Strick- und Wollwarenfabrikation; in der Handweberei werden Aufträge mit den längsten Lieferzeiten für das Jahr 1907 verteilt. Manche Textilbranchen wird augute Chancen, daß infolge der guten überseischen Schuregebnisse (in erster Linie in Australien) die Wollpreise stark zurückgehen, ohne daß die Fabrikpreise bis jetzt eine Wirkung davon verspüren lassen.

Berlin, 29. Juli 1906.

Max Schippel.

Soziale Rundschau.

— Wer andern eine Grube gräbt . . . Im „christlichen“ „Bergknappen“ vom 21. Juli lesen wir folgendes: „Wieder ein neues Organisationsbuch.“

In Oesterreich-Bismarck hat man unter dem Namen „Ostwestpreussischer Bund christlicher Berg- und Hüttenarbeiter“ eine neue „Gewerkschaftsorganisation“ ins Leben gerufen. Die Gründung ist angeblich aus den Reihen der ostpreussischen Majoren angeregt. Vorsitzender des Bundes ist der Bergmann Jechaczek. Der Bund soll über ganz Deutschland ausgebreitet werden und den bestehenden beiden großen Bergarbeiterverbänden scharfe Konkurrenz machen. So schreibt wenigstens die Scharfmacherpresse, bei der jedenfalls der Bund Vater des Geheimnisses ist. Je mehr sich die Bergarbeiter verschließen, desto lieber ist es dem Unternehmer- und Scharfmachertum. Die größte Mehrheit der Bergarbeiter ist auch verständig genug, dieses einzusehen. Als Ziele gibt der Bund an: Schaffung eines friedlichen Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Erzielung eines gerechten Lohnes nach Wert der geleisteten Arbeit, entsprechend der Lebenshaltung und anderer Forderungen, welche von den beiden großen Bergarbeiterverbänden seit vielen Jahren nachdrücklich vertreten werden. Es ist wohl gänzlich ausgeschlossen, daß der Bund jemals auch nur die geringste Bedeutung erlangen wird. Wie der vor einiger Zeit gegründete, aber bald wieder lautlos eingetragene „Nationale Bergarbeiterverband“, wird auch der Ostwestpreussische Bund christlicher Berg- und Hüttenarbeiter“ jedenfalls bald wieder von der Bildfläche verschwinden.

Was der „Bergknappe“ hier von dem „neuen Organisationsbuch“ sagt, ist zweifellos richtig. Nur spottet das Blatt seiner selbst und weiß nicht wie. Arbeitet doch der „Bergknappe“ selbst seit über 10 Jahren ausschließlich auf die Zerpfütterung der Bergarbeiter hin, zur Freude des Unternehmerr- und Scharfmachertums. Und mit welchem Recht ver-

wehrt der „Christliche Bergknappe“ seinen ost-westpreussischen Brüdern in Christo das zu tun, das er selbst für sich in Anspruch nimmt? Auf Grund des Christentums etwa? Aber das Bergknappen-Christentum ist doch bereits sehr anständig geworden!

Gerichtliches.

Chemnitz. Nadelstiche mit dem Minderjährigenverbot. In den Räumen des Vereinsgehauses hat sich der Vorsitzende einer Gewerkschaftsversammlung gefangen, die am 18. Februar in Leubsdorf bei Chemnitz tagte. Die Tagesordnung lautete: 1. Die wirtschaftliche Lage der Fabrikarbeiter im 20. Jahrhundert. 2. Gewerkschaftliches. Der überwachende Gemeindevorstand richtete vor Beginn der Versammlung an den Vorsitzenden die Aufforderung, die Minderjährigen auszuweisen. Das wurde mit dem Hinweis auf den rein wirtschaftlichen Charakter der Tagesordnung abgelehnt. Die Versammlung nahm dann ihren ungeführten Verlauf. Die Folge war aber ein Strafmandat in Höhe von 10 Mk. gegen den Vorsitzenden wegen Unterdassung der Aufforderung an die Minderjährigen, das Lokal zu verlassen, und vier Strafmandate an vier Minderjährige wegen Besuchs einer politischen Versammlung. Vor dem Schöffengericht Augustusburg wurden drei Minderjährige freigesprochen, weil ihnen das Bewußtsein gefehlt habe, an einer politischen Versammlung teilzunehmen. Die Versammlung sei im ganzen Verlauf eine wirtschaftliche gewesen, nur am Schluß sei durch die Aufforderung, die „Vollstimmigen“ zu lesen, das politische Gebiet berührt worden. Hier hätten die Minderjährigen das Lokal verlassen müssen. Da aber eine Aufforderung nach dieser Richtung nicht ergangen ist, nimmt das Gericht an, daß sie sich der Strafbarkeit nicht bewußt gewesen sind, um so mehr, als dieses Streifen des politischen Gebietes nur ein kurzes gewesen sei. Der vierte Minderjährige war überhaupt nicht in der Versammlung gewesen, ihn hatte der Gendarm Schütze später mit seinem Bruder auf der Straße gesehen. Weil letzterer in der Versammlung gewesen ist, hat der Gendarm angenommen, auch der minderjährige Bruder habe daran teilgenommen. Auf diese Weise hatte der junge Mann eine Anklage erhalten, die nicht aufrecht erhalten werden konnte. Nun sollte man annehmen, daß auf Grund der Feststellungen des Gerichts auch der Vorsitzende freigesprochen werden müßte. Das geschah aber nicht, sondern ihm wurden die 10 Mk. Geldstrafe gerichtlich bestätigt. Wenn auch anzuerkennen sei, daß das Referat nur wirtschaftliche Fragen berührt habe, so sei doch am Schluß aufgeführt worden, die „Vollstimmigen“ zu lesen. Das Blatt sei ein politisches, die Versammlung habe damit also politischen Zwecken gedient. Der Vorsitzende habe das wissen müssen. Das Landgericht Chemnitz hat gegen dieses Urteil eingelegte Berufung verworfen. In der Urteilsbegründung der zweiten Instanz wird wiederum betont, die Aufforderung zum Lesen der „Vollstimmigen“ sei ein politischer Akt gewesen, aber auch die Bitate aus den Berichten der Gewerbe-Inspektoren über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Umgebung von Chemnitz habe die Versammlung einen politischen Charakter bekommen. (1) Außerdem sei die Gewerbeinspektion selbst kritisiert worden, da der Referent die Zahl der Gewerbe-Inspektoren als zu niedrig bezeichnet habe. Obwohl von dem als Zeugen geladenen Referenten der Inhalt des Referates nochmals vorgelesen wurde und trotz des Hinweises des Verteidigers, daß selbst durch ein so gelegentliches kurzes Streifen einer politischen Sache die Versammlung doch noch lange nicht politischen Zwecken diene, verwarf das Gericht die Berufung. Die Ansicht des Landgerichts Chemnitz, durch Bitate aus Gewerbeinspektionsberichten würde eine Gewerkschaftsversammlung eine politische Veranstaltung, ist unglücklich und jedenfalls völlig unhaltbar. Denn dann ist jede wirtschaftliche Erörterung eine politische. Das Landgericht Chemnitz hat hier noch die früher einmal geltend gemachte Polizeischwanzung aufertroffen, eine Verprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei eine politische Angelegenheit.

Dresden. Vom „Zu e“! Wie Unterbeamte die unheilvolle Minderjährigen-Bestimmung verstehen, oder nicht verstehen, zeigt wieder einmal folgender Vorgang: Angellagt, die Minderjährigen-Bestimmung des sächsischen Vereinsgesetzes übertreten zu haben, war der Kollege Chemnitz als Leiter einer am 5. Mai in Leubnitz-Neudorf abgehaltenen Ziegelei-Arbeiter-Versammlung. Genosse Fleischer hatte ein Referat über die Gewerkschaftsorganisation und ihren Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gehalten. Beim 2. Punkt war die bevorstehende Ziegelei-Konferenz in Magdeburg erwähnt und ein Delegierter dazu gewählt worden. Der überwachende Gendarm Fröhlich hatte merkwürdigerweise diese Versammlung als eine „politische“ angesehen. Weil früher eine nebenswerte Organisation der Ziegler nicht bestanden habe, und weil nun mehrere Versammlungsleiter bestraft worden sind, die die ominöse Aufforderung an die Minderjährigen, den Saal zu verlassen, verfaßt haben, hat er an die Amtshauptmannschaft Anzeige erstattet. In seinem Bericht an die Amtshauptmannschaft fand aber diese selbst einen Beweis für diese Behauptung nicht, und sie hat ihn deshalb aufgefördert, die Gründe anzugeben, die ihn veranlaßten, diese Versammlung als eine politische anzusehen. Trotzdem auch diese zweite Eingabe nur zeigte, daß eine Agitation für die Gewerkschaft erfolgt war, erhielt der Vorsitzende ein Strafmandat von 15 Mk., gegen das gerichtliche Entscheidung beantragt wurde. Das Schöffengericht kam dann auch zu einem freisprechenden Urteil. Der Beweis, daß diese Versammlung politischen Zwecken gedient habe, sei nicht erbracht, sondern durch die Aussagen des Zeugen Gendarm Fröhlich und des Angellagten gehe klar hervor, daß sie nur den Zweck gehabt hat, die Ziegler gewerkschaftlich zu organisieren und einen Delegierten zu wählen, der auf der Konferenz für diese Organisation eintreten sollte. Die Gewerkschaftsorganisation ist aber ein Mittel im Kampf für bessere Löhne zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, dieser Kampf kann als politischer nicht bezeichnet werden. Da etwas anderes nicht beprochen wurde, ist der Angellagte freizusprechen, die Kosten übernimmt die Staatskasse.

Daß es unter so bewandten Umständen überhaupt erst zur Staatsaktion einer Klage kam, darüber könnte man sich wundern, wenn solche Dinge nicht schon gewöhnlich bei uns geworden wären.

Vom sozialen Kampfplatze.

Ausläßlich der Metallarbeiterausperrung arbeitete bei der Firma Gebrüder Sest der nichtorganisierte Arbeiter Bothum weiter. Er erklärt, daß er sich geweigert habe, Streikarbeit zu verrichten und daß er deshalb in der Ziecherei beschäftigt wurde. Am 2. Mai standen die Arbeiter Richter und Sifold vor den Fabrikanten Streikposten. Die Posten wurden gerade abgeholt, und so befand sich ein größerer Trupp Ausgesperrter in der Nähe. Da öffnete sich das Fabrikator und Bothum wurde sichtbar. Er ließ eine Fußre Holz herein und schloß dann das Tor. Bei dieser Gelegenheit sollen ihm nun verschiedene Schmeicheleien wie: Bagabund, Lump, verfluchtes Schwein, ihr Schweine schert euch raus usw. gesagt worden sein. Der es gefaßt hatte, konnte er nicht angeben. Weil Richter und Sifold zuletzt gingen, vermutete er, daß es einer von diesen war, und weil sich Richter einmal umdrehte, vermutete er in ihm den Täter und gegen ihn wurde auch der Strafantrag gestellt. Etwa 8 Tage später stellte Richter Bothum zur Rede und sagte ihm, daß er Prügel bekäme, weil er ihn zu Unrecht beleidigt habe, und er zog seinen Strafantrag zurück. Dessenungeachtet kam es zur Verhandlung (11) und es bedurfte eines größeren Aufgebots von Zeugen, um auch das Gericht von der Unschuld des Angellagten zu überzeugen. Der Amtsanwalt stellte die Entschuldigung in das Ermessen des Gerichts und das Gericht gelangte infolge Mangels an Beweisen zur Freisprechung. Die Androhung der Prügel hatte nichts mit dem Lohnkampf zu tun, sondern bezog sich lediglich auf die falsche Beschuldigung und Anzeig.

Dietefeld. Ein christlicher Streich! Im laufenden Jahre hat die hiesige Zahlstelle unter den Arbeitern der Kaltwerke und der Ziegeleien eine ausgedehnte Agitation entfaltet, welche auch schon ganz ansehnliche Erfolge erzielt hat. Infolge der Unzufriedenheit dieser Arbeiter geht immer wieder ein Teil der gewonnener Mitglieder verloren, aber im ganzen können wir doch einen stetigen Fortschritt bezeichnen. Ist die Agitation unter diesen

Arbeiter schwer und ausbreitend, so stellen sich der Organisation dieser Branchen große Schwierigkeiten in den Weg. Die Unternehmer, welche bisher ja von der Organisation nicht beunruhigt wurden, verließen es, die Arbeiter einzuschüchtern oder auch durch keine Lohnaufbesserungen von der Organisation fernzuhalten. Diese Situation nutzen nun die christlichen Gewerkschaftsführer, welche in dieser Gegend ein glänzendes Feld für ihre Gewerkschaftszersplitterung glücklicherweise nicht gefunden haben, weiblich aus, um Anhänger für ihre Gewerkschaften und Profiteure für die Zentrumspartei zu machen. Von einer Agitation der „Christen“ haben wir, bevor von der Ziegelei-Konferenz die Rede war, nichts gehört. Jetzt haben sie in einer Ziegelei einige Mitglieder und nun galt es für sie, auf dem von uns geernteten Boden Erfolge herauszuschlagen. In den hiesigen Ziegeleien ist die 13 stündige Arbeitszeit bis auf 2 Betriebe üblich. Die beiden Ziegeleien arbeiteten bisher 14 Stunden und die christlichen Mitglieder verlangten nun in einem Betriebe die Einführung der 13 stündigen Arbeitszeit, 5 Proz. Lohnsteigerung und Erhöhung des Abrodolnes um 10 Proz. Die Firma bewilligte nicht und die Arbeiter legten die Arbeit nieder. Als auch dieser Schritt nicht den gewünschten Erfolg zeitigte, trat das uneheliche ein, daß drei christliche Arbeiter per Rad die anderen Ziegeleien aufsuchten und sämtliche Arbeiter überredeten, sofort die Arbeit niederzulegen, was ihnen auch leider gelang. Die Forderungen wurden nun sämtlichen Firmeneinhabern überreicht und in einer Versammlung, in welcher die Unternehmer schon vor den Arbeitern anwesend waren, wurde die Sache erledigt. Die Arbeitgeber bewilligten die 13 stündige Arbeitszeit, die fast überall bestand, und fünf christlich organisierte Arbeiter mußten als Rädelsführer den Betrieb des Herrn Karstorf, wo die Differenzen entstanden waren, verlassen. Die Arbeiter der anderen Betriebe hatten dadurch nichts weiter erreicht, als 4 Stunden Lohnverluste durch den Streik und die Drohung seitens der Unternehmer, daß sie für den durch die Arbeitszeitstellung ohne Kündigung entstandenen Schaden haftbar gemacht werden sollten. Der christliche Verband hat es aber fertig gebracht, durch diesen Coup 200 Unterschriften für den Beitritt zum Verband zu bekommen, wohlgerne nur Unterschriften, nicht etwa Mitglieder. Uns wurden erst durch die Presse diese Vorgänge bekannt und durch sofortiges Eingreifen ist es gelungen, die Ziegler auf die Schädlichkeit dieser Arbeiterzersplitterung aufmerksam zu machen. Sollten die Leiter der christlichen Organisation nicht die Schuld an diesem Pasch tragen, so zeugt es doch von sehr schlechter Erziehung der Mitglieder, wenn die Vertrauenspersonen 200 Arbeiter in einen Streik treiben, ohne jede nennenswerte Organisation und ohne finanzielle Mittel zur erfolgreichen Durchführung einer Bewegung zu haben. Wir an der Grenze des Lippertales werden unsere ganze Kraft einsetzen, Aufklärung in die Reihen der Ziegler zu tragen.

Dresden. Einer der besten Betriebe für die Aktionäre ist zweifellos die Maschinenbauanstalt vorm. Gebr. Sed. Trotz reichlicher Abschreibungen konnten 1904 12 Prozent Dividende verteilt werden. Ein ganz anderes Bild zeigen aber die dort den Hülfsarbeitern gezahlten Löhne. In der Holzabteilung betrug bis vor Kurzem der Anfangslohn noch 28 Pf. pro Stunde, in der Maschinenabteilung ganze 30 Pf. pro Stunde, zugelegt wurde selten, bei vielen Meistern mußten die Arbeiter erst lange bitten, ehe sie eine Zulage bekamen. Durch den Anschluß an die Organisation und dadurch ermöglichtes geschlossenes Vorgehen aller in der Holzabteilung beschäftigter Arbeiter, Tischler, Maschinenarbeiter, Hülfsarbeiter, ist es jetzt endlich gelungen, den Anfangslohn unserer Kollegen auf 32 Pf. festzusetzen und den Kollegen, die längere Zeit dort sind, eine Zulage von 2 Pf. zu erringen. Jedenfalls werden und können unsere Kollegen damit noch nicht zufrieden sein, sondern zur geeigneten Zeit werden sie wiederum Schritte zur Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse unternehmen müssen.

Güstrow. Im Eisen- und Stahlwerk von A. Martins sind am 27. Juli die sämtlichen Former und Gießereiarbeiter in den Streik eingetreten. Im Frühjahr wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Bezirksleitern des Metallarbeiter- und Fabrikarbeiterverbandes festgelegt. Die Innehaltung der Abmachungen ließ stets zu wünschen übrig. Es stand in denselben unter anderem ein Pausch nach welchem jugendliche Arbeiter mit 25 Pf. Stundenlohn eingestellt werden sollten. Jetzt legt die Firma diese Bestimmung so aus, daß sie alle unter 21 Jahre alten Arbeiter zu den „jugendlichen“ rechnet. Durch Verhandlungen hatte Herr Martins sich nun verstanden, das Alter der Jugendlichen auf unter 20 festzusetzen. Selbstredend konnte auch hierauf noch nicht eingegangen werden, es muß vielmehr unbedingt darauf gesehen werden, daß jeder über 18 Jahre alte Arbeiter auch als Vollarbeiter gilt. Außerdem aber hat die Firma die Einführung der Akkordarbeit angeordnet. Da der Betrieb absolut nicht darauf eingerichtet ist, es an dem zur Akkordarbeit nötigen Material (Formalstein etc.) an Hülfsarbeitern und vielem anderen fehlt, außerdem aber die Preise, besonders für das Pulver des Stahlgusses, nicht genügen, da ferner alle die sonst eintretenden Mißstände auch hier zu befürchten, so mußte die Akkordarbeit verweigert werden. Nach diesen Vorwommnissen erachteten auch die Arbeiter sich nicht mehr an die Abmachungen gebunden und fordern eine allgemeine Erhöhung des Lohnes um 3 Pf. pro Stunde, da jetzt ungelernete Arbeiter mit 25 Pf. pro Stunde (1) bezahlt werden. Die Firma behagt die niedrigsten Löhne in der ganzen Stadt! Es haben nun am 30. Juli nochmals Verhandlungen stattgefunden, welche gänzlich gescheitert sind. Der Arbeiterausschuß legte am nächsten Tage persönlich Herrn Martins ein Schriftstück vor, wurde aber mit einer kurzen Antwort zurückgewiesen; wenn sie nicht anfangen, bräuchten sie überhaupt nicht wieder anzutreten. Hierauf sind sämtliche Arbeiter in hiesigen und auswärtigen Blättern durch schwarze Listen gebandmarkt. Die Arbeiter haben darauf beschloßen, den Streik fortzuführen; da in ganz Deutschland die Former-Hülfsarbeiter einen Mindestlohn von 30 Pf. erzielt haben, deshalb streiten die Güstrower, um wenigstens 28 Pf. zu erlangen.

Reinbeck. Die Lohnforderungen der hiesigen Bauarbeiter sind von den Unternehmern mit ewigen Abweidungen bewilligt worden, und zwar ein Stundenlohn von 65 Pf. vom 1. Oktober ab, für Nebearbeit 55 Pf. Vom 1. Januar 1907 gibt's 70 Pf. Stundenlohn und 65 Pf. Nebearbeit. Die 70 Pf. wollen die Unternehmer jedoch nur zahlen, wenn erstere vom gleichen Zeitpunkt ab auch in Bergedorf bezahlt werden. Die Kollegen erklärten sich mit dem Bewilligten einverstanden.

Dietefeld. Die allgemeine Teuerung hatte auch die hiesigen städtischen Arbeiter veranlaßt, am 10. Juli auf schriftlichem Wege bei der Verwaltung eine Stundenlohnauflösung von 5 Pf. zu beantragen. Die Verwaltung war einseitig genug, die Berechtigung der Forderung anzuerkennen, schon am 15. Juli kam der Beschluß, daß die Erhöhung bereits vom 21. Juli ab gezahlt werden sollte, trotzdem als Anfangstermin der 1. August erst eintreten würde. Für Nachtarbeit gibt es jetzt stündlich 55 Pf., statt früher 52 Pf.

Korrespondenzen.

Altona-Ottensen. In der außerordentlichen Mitglieder-Versammlung legte Kollege B e n e z o w -Hamburg in längerem Zusammenhang der Versammlung die Gründe vor, die den Gewerkschaftsverband veranlaßten, in Gemeinschaft mit der Leitung der Zahlstelle Hamburg den Antrag auf Verschmelzung der in einem gemeinsamen Geschäftsgebiet liegenden Zahlstellen zum Verbandstage einzureichen. Redner weist hauptsächlich darauf hin, daß eine einheitliche Verwaltung bei Streiks und Aussperrungen, sowie in der Agitation ein besseres leisten kann, infolge ihrer behobenen Beamten, als wie die einzelnen Zahlstellen mit ihren Verwaltungen durch unbesoldete Kollegen, die nicht zu jeder Zeit zu haben sind. Kollege J e f f e wendete sich gegen die Verschmelzung. Vor allen Dingen sei zu beachten, welchen Nutzen die Mitglieder bei der Verschmelzung hätten, er sehe keinen Vorteil, jedoch Nachteil auf allen Seiten. Behobete Hälftastler hätten sich nicht so bewährt, wie gesagt worden wäre. Als Beweis hierfür verliest Redner einige Aufstellungen, wonach Hamburg im Vergleich mit Altona finanziell bedeutend schlechter dasteht. Bei der Verwaltungsfrage weist Redner darauf hin, daß die Mitglieder nicht möglich sein wird, nach Feierabend das Bureau auf dem Sühnerposten vor Schluß zu erreichen. Zur Erledigung ihrer Geschäfte sind sie also gezwungen, ihre Arbeit zu versäumen. Dies kommt auch in Betracht bei der Meldung zur Kontrolle als Kranker und Erwerbsloser. Bei Streiks und Aussperrungen ließe

sich die Sache ganz gut unter den bisherigen Verwaltungen regeln, wenn nur von der Leitung der Zahlstelle Hamburg etwas kollegialischer vorgegangen würde. In denselben Sinne sprachen sich die eingeladenen Vertreter der Zahlstelle Schiffel und Langensfelde-Stellungen aus. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die Zahlstelle Altona-Ottensen erhebt energisch Protest gegen die Verschmelzung mit Hamburg. Die Verschmelzung beantragt den Delegierten ihrer Zahlstelle, dem Verbandstag diesen Protest zu übermitteln.“

Kugsbürg. In einer Versammlung haben die auf der Hainbühnen Papierfabrik beschäftigten Arbeiter Stellung gegen das Beharren verschiedener Deute des Betriebes genommen, denen die Einigkeit der Arbeiterschaft ein Dorn im Auge ist. Auf verschiedene Art und durch Vorphielung falscher Tatsachen suchen einzelne Unterschriften zur Gründung einer gelben Gewerkschaft zu sammeln. Man spiegelt den Leuten vor, daß es sich um Familienfehlheiten, Ausflüß usw. handle. Anderer naugt man wieder plausibel, daß eine Unterstufungsklasse gegründet werden soll. Durch ein von uns herausgegebenes Flugblatt aufgeklärt, wendeten sich die Arbeiter, die mit ihrer Unterschrift gefangen werden sollten, mit Abscheu von einer solchen zweifelhaften Gründung ab. Allem Anschein nach werden diese Zersplitterungsversuche von der Betriebsleitung herab propagiert, zum mindesten gebilligt, denn die freundlichen Einladungen usw. werden im Betrieb hergestellt, auch scheinen die Zutreiber vollständige Bewegungsfreiheit innerhalb des Betriebes zu haben, was selbstverständlich bei den anderen Arbeitern nicht der Fall ist. In dieser Versammlung rückte Genosse Händel diese Art von Paffen-gründung ins rechte Licht und bedte das Bestreben dieser Leute, die Arbeiterschaft untereinander zu hagen, unbarbarisch auf. Bezeichnend für diese Sorte von Arbeitern ist es, daß bei ihnen der Mut, in die Versammlung zu gehen, nicht vorhanden war, die Herren zogen es vor, sich außerhalb des Versammlungsortes herumzutreiben und anscheinend Spitzeldienste zu leisten. Die Arbeiterschaft der Papierfabrik Haindt bedauert sich in ihrer übergroßen Mehrzahl für solche Segnungen, bei denen der Pferdefuß stets hervorsteht.

Wartha. Die Leitung der Zementwerke hat immer darauf gesehen, daß die Organisation hiesigen Dries Ausbeutung nicht erhalten konnte. Die Ausbreitung der Organisation konnte allerdings gehemmt, aber nicht ganz unterdrückt werden. Immerhin konnte die Organisation nicht so erstarren, daß ein Einfluß auf Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich gewesen wäre. Das war zum Schaden der Arbeiter. Die Betriebsleitung hat davon den Vorteil, den billigen Arbeitskräfte zu bringen pflegen, so hat sich aber auch in Deutschland unter den Zementarbeitern ein Renommee erworben, daß letztere es vorziehen, den Himmeler Betrieben ziemlich fernzubleiben. Das hat zur Folge, daß die Fabrikleitung auf der Suche nach Arbeitern sich ins Ausland begeben muß. Guten Erfolg wird sie da gewiß nicht finden.

Brieg. Wie jähres Steigen und Fallen einer Mitgliedschaft nahe beieinander liegen kann, dafür bietet unsere hiesige Zahlstelle ein typisches warnendes Beispiel. Derselbe, jetzt ein Jahr befristet, war im letzten Halbjahr auf über zweihundert Mitglieder gestiegen, und zwar durch Massenbeitritt aus der Drahtwarenfabrik von Schönfelder u. Co., veranlaßt durch die Zurede, daß im Frühjahr gestreikt werden sollte. Es wurden im März nun zwar Forderungen gestellt, aber nicht bewilligt, so daß es auch zum Streik kam. Die Situation war anfangs günstig, aber die zu kurze gewerkschaftliche Schuttlung der Streikenden rückte sich bald: 20 nahmen die Arbeit bedingungslos wieder auf und nach 14tägiger Dauer mußte der Streik als aussichtslos abgebrochen werden. Doch nicht nur dieses, über die Hälfte der Kollegen lehnten dem Verbande den Rücken. Es rückt sich jedoch nicht nur die Zahl, sondern auch dieser Austritt: es wurden schon wieder einige aus der Fabrik entlassen. Der Verlauf dieser Bewegung sollte die Kollegen belehren, daß mit kurzfristig organisierten Mitgliedern keine schwerwiegende Bewegung, wie sie hier in Frage stand, durchzuführen, sondern daß hierzu streng disziplinierte Arbeiter gehören, welche zielbewußt zu Werke gehen; in einigen Wochen läßt sich eine solche Disziplin nicht erreichen, dazu gehört schon längere Zeit, und mit dieser längeren Organisationszugehörigkeit ergeben sich auch die nun einmal ebenso notwendigen baren Streikmittel. Mögen die Mitglieder in Brieg unter Beachtung des eben Dargelegten nun ihr alles darauf setzen, daß die Zahlstelle baldigst wieder ihre gehegte Höhe erreicht, aber mit stabilem, bauendem Bestande.

Chemnitz. Eine öffentliche Versammlung tagte am 28. Juli, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Stadt Meißner“. Zum ersten Punkt: „Wie betreiben wir die Agitation am erfolgreichsten?“ sprach Kollege Schmidt, Chemnitz. Er meinte, wenn wir uns um die Agitation nicht mehr als bisher bekümmerten, dann würde der Verband mehr rückwärts denn vorwärts gehen. Zur Vorbereitung und Erleichterung von Agitationsarbeiten müsse eine Agitationskommission gewählt werden. Darauf besprach der Kollege ausführlich die Aufgaben der Werkstattrauensleute und die Bedeutung der Betriebsbesprechungen. Zur Vertreibung einer Agitation auf der Grundlagede von Werkstattrauensleuten und Betriebsbesprechungen sind aber opferfreudige Kollegen erforderlich, die auch einmal selbst ein Referat übernehmen können. Es ward alsdann eine Kommission gewählt.

Freiberg. Sonntag, den 5. August, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Leider war sie nicht gut besucht, vielmehr sehr schlecht. An diesem Versammlungsbesuch abgemessen, ist das Bedürfnis der Kollegen, sich Aufklärung zu verschaffen, nicht sehr groß. Denn daß unsere Mitglieder über alles unterrichtet und deshalb die Versammlungen nicht besuchen, das wagen wir nicht zu behaupten. Die Lage der Kollegen am Orte ist auch nicht derart, daß sie die Gleichgültigkeit der Kollegen rechtfertigen könnte. Die Löhne stehen zu den hohen Lebensbedingungen in keinem Verhältnis, die Lebensmittel sind denen in einer Großstadt gleich, so daß es die Pflicht eines jeden Kollegen sein müßte, in der Organisation auch durch eifrigen Besuch der Versammlungen seine Pflicht zu erfüllen.

Sotha. In der am Sonnabend, 28. Juli, abgehaltenen Versammlung referierte Kollege Greif über das Thema „Partei und Gewerkschaft“. Zunächst kam Referent auf unsere Jugend zu sprechen und betonte, daß selbst schon die Kinder der Proletarier in früherer Jugend unter den bestehenden Klassenverhältnissen zu leiden haben und daß manches Kind seine Eltern fragt, warum nur sie weniger zu essen haben und schlechter gekleidet sind, als die Kinder reicher Eltern. Würden dann aber die Proletarierkinder größer, daß sie selbst mit in den Kampf ums Dasein eintreten, dann dümmere auch bei ihnen schon das Bewußtsein, daß nur die Klassenverhältnisse, erzeugt durch den Kapitalismus, die Schuld an allem Gend tragen. Ausführlich ging dann Redner auf die politische und gewerkschaftliche Organisation ein und bezeichnete diese als die alleinigen Mittel, womit sich die Arbeiter vom Druck des Kapitalismus befreien können. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen guten Vortrag. Bei Punkt Verschiedenes wurde beschloßen, die Restaurationen „Zur Post“, „Erbringer“ und „Freudental“ so lange zu meiden, bis der Zustand der Bauarbeiter beendet ist, worauf noch eine sehr rege Diskussion über den Alkoholismus und Arbeiterbildung einsetzte.

Heidenau. Eine mächtig besuchte Versammlung fand am 28. Juli im alten Gasthof zu Mägeln statt. Genosse Redakteur Meun-Dresden referierte über „Partei und Gewerkschaft“. Redner schilderte die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften und bewies durch Beispiele, wie gleich notwendig beide Arbeiterbewegungen sind. Nach der Statistik des Müglener Kartells ist unsere Organisation mit einem niedrigen Prozentsatz an der politischen Partei beteiligt. Hoffen wir, daß es bald besser wird. Bei Punkt 2 gab Kollege Kimmich den Klassenbericht vom 2. Quartal und den Halbjahresbericht. Auf Antrag der Redatoren wurde dem Geschäftsführer Decharge erteilt. Aus dem Halbjahresbericht ist zu ersehen, daß 16 öffentliche Versammlungen und 18 Betriebsbesprechungen stattgefunden. Forderungen wurden in 7 Betrieben gestellt, und zwar mit teilweisem Erfolg. Die Mitgliederzahl ist um 400 gestiegen. Arbeiten wir so weiter, dann wird auch in kurze das zweite Tausend erreicht sein. Zur Anschaffung einer Bibliothek wurden 35 Mk. bewilligt. Scharf gerügt wurde das Benehmen der Betriebsamtsleiterin zu Heidenau, die ihren Arbeiterinnen verbietet, Bier, Seltwasser und Limonade zu trinken. Im Übertretungsfall werden die Arbeiter mit 50 Pf. bestraft und außerdem die Getränke abgenommen. Auch werden fortwährend Abzüge gemacht für Ausübung, der sich ohne Verschulden der Arbeiterinnen ergibt. Vor Versammlungsschluß wurde noch auf

den Anfang September beginnenden Lehrkursus aufmerksam gemacht und zu reger Beteiligung aufgefordert.

Lägerdorf. In der Versammlung vom 17. Juli erstattete der Kollege Stroh den Tätigkeitsbericht des letzten Quartals. Danach wurden 88 Mitglieder aufgenommen, 22 reisten zu; Gewerkschaftsunterstützung wurde an 8 Mitglieder für 110 Krankentage 133,64 M. gezahlt; Mitgliederzusammenschlüsse fanden 4 und 3 Bevollmächtigten-Sitzungen statt. In der Versammlung vom 7. August ergab die Rechnungslegung eine Bilanz für die Hauptkasse von 62,95 M., für die Lokalkasse von 208,67 M. und für letztere einen Kassenbestand von 48,84 M. Es wurde dann beschlossen, ein Begrüßungsgramm an den Verbandstag zu senden, und daß die Kartelldelegierten für einen Walfotte-Abend im nächsten Winter einzutreten haben. Die angeregte Schaffung einer Vereinskasse wurde demnächst abgelehnt, da für gewerkschaftliche Angelegenheiten schon genügend Geld aufzubringen sei, überdies die Beiträge für Partei und Gewerkschaft noch erhöht würden. Ferner wurde ein Antrag zu vertreten beschlossen, daß die Kandidaten zum Gewerkschaftsgericht künftig von den Gewerkschaften, nicht mehr vom Kartell aufgestellt seien. Zur örtlichen Agitation soll ein Flugblatt verteilt werden. Weiter beschäftigt sich die nächste Versammlung mit der Einigung der Vertrauensmänner und der Kontrollmarfen.

Langelsheim. Am 5. August konnten wir hier als Zeichen gewerkschaftlicher Fortschrittlichkeit und Zusammenhalts ein schön beleuchtetes Gewerkschaftsfest feiern, welches nicht nur von sämtlichen hiesigen Gewerkschaften, sondern auch von solchen aus Goslar, Seesen und Osterode besucht und durch sportliche Veranstaltungen verschönt wurde. Zur Verschönerung des Vergnügens hatte es sich wohl die Marienhütte nicht verheißt können, einen Ausflug zu veranstalten, bei welchem es auch „schön“ hergegangen sein soll, nämlich durch Liebeswürdigkeiten mit Messern und Feigabeln, wenigstens sollen Versuche dazu in Geheimnis getrieben sein. Weiter hatten die Lehrer den Schülern verboten, im Besitz von Schilber zu tragen. Kleinlichkeiten!

Mügeln. Daß die Unternehmer alles anwenden, was ihnen geeignet erscheint, das Fortschreiten der Organisation aufzuhalten, zeigt wieder ein Fall, der alle die bisher vorgekommenen Unternehmernpraktiken im Bezirk Mügeln und Heidenau übertrifft. Eine Hausjuchung nach gestohlenem Papier wurde am Dienstag, den 17. Juli, von zwei Gendarmen und einem Heidenauer Gemeindefunktionär in unserer Bureau vorgenommen. — Der Firma Gebr. Wein, Papierfabrik in Heidenau, soll Papier gestohlen worden sein, wiewohl in unserem Bureau gesucht wurde. — Der Brigadier, der die Hausjuchung leitete, brachte gleich ein Stück Papier mit, das als Muster diente, auf dem eine Einladung zur Betriebsbesprechung mit Zeitvermerk gedruckt war. Als diesem auf seine Frage vom Vertrauensmann die Antwort zuteil wurde, daß dieser Zettel einer von denen sei, die er kurz zuvor am Fabrikator der Papierfabrik Gebr. Wein verteilt habe, erklärte der Brigadier, das Papier solle gestohlen sein, er müsse eine Hausjuchung vornehmen. Jedes Stückchen Papier, das mit dem vom Brigadier mitgebrachten Muster Ähnlichkeit hatte, wurde von den Beamten beschlagnahmt und unter Umständen gebrannt, obwohl ihnen wiederholt vom Vertrauensmann bestätigt wurde, daß dieses Papier nicht gestohlen, sondern gekauft sei. Die Untersuchung hat nach kurzer Zeit ergeben, daß der Firma Wein überhaupt kein Papier gestohlen wurde. Am Montag, den 23. Juli, brachte ein Landgendarm das Paket beschlagnahmter Papiere unter Hinweis auf das Verbandsbureau zurück, mit der Bemerkung, die Sache habe sich erledigt, nachdem es sich bei der Firma herausgestellt habe, daß das Papier nicht gestohlen, sondern gekauft sei. Ob sich die Angelegenheit auch so schnell erledigt hätte, wenn es sich um Arbeiter handelte, die den Behörden in bezug auf Unternehmer falsche Angaben gemacht hätten? In solchen Fällen erhalten Arbeiter meist Strafandrohung wegen falscher Anschuldigung, auch wenn sie in einem nach so guten Gewissen gehandelt haben. Sonderbar ist es, daß wegen einer solchen haltlosen Anschuldigung, die mehr einer niederträchtigen Verdächtigung ähnlich ist, eine Hausjuchung vorgenommen wird, an der sich drei Beamte beteiligen, deren Zeit, wenn sie unruhig vergangen wird, nicht gerade die billigste ist. Es scheint fast, als wolle man wieder einmal zeigen, daß Mügeln und Heidenau in Sachsen liegen, in dem Lande, wo man dem Unternehmerin zuliebe alles möglich macht. — Ob die Firma Gebr. Wein glaubt, sich damit um die Forderung der Kollegen auf Abschaffung der Mißstände und Erhöhung des so niedrigen Lohnes herandrücken zu können? Für 12-jährige Lebenszeit erhalten Arbeiter mit durchschnittlicher Lebenserwartung 2,50 bis 3 M., ältere und jüngere erhalten 1,80 bis 2,50 M. Die Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter, wie Gasleuchten, Aufhängelampe, Ventilation, Schutzvorrichtungen an Maschinen usw. fehlen zum Teil gänzlich. Daß die Arbeiter auf Abschaffung solcher Mißstände zu ihrer Selbsterhaltung dringen müssen, kann der Firma Gebr. Wein unverständlich zu sein, sonst würde sie die Mißstände abschaffen.

Röhren. Gegen die Geschäftsführung und Leitung waren in den letzten zwei Versammlungen von einem entlassenen Angeestellten ehrenrührige Anschuldigungen erhoben worden. Der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Brey-Hannover, hat nun in die Geschäftsführung der Röhren Zählstelle Einbild genommen und in einer am 1. August in den Zentralbüros abgehaltenen, überaus stark besuchten Mitglieder-Versammlung Bericht erstattet. Danach sind die gegen den Geschäftsführer Hämmerl gerichteten ehrenrührigen Verdächtigungen aus der Zeit gestrichen und ist B. selbst über jeden Verdacht erhaben. Brey sprach aber die im Umlauf gesetzten irrealen Verdächtigungen keine aus, sondern Mißbilligung aus, schäuferte den Geschäftsführer Hämmerl als einen der tüchtigsten und tätigsten Beamten innerhalb seiner Organisation in ganz Deutschland; der Hauptvorstand habe stets die Anerkennung die Bewegung und den ehrenvollen Aufschwung der Organisation in Röhren verfolgt. Von 38 Bewegungen in diesem Jahre wurden 36 mit Erfolg für die Kollegen und Kolleginnen zu Ende geführt. Der Abgang des Kollegen Hämmerl würde für die Organisation nachteilig einen Verlust bedeuten. Der Rest der erstellten an die Kollegen, in Zukunft Anschuldigungen gegenüber zu sein und selbständig an der Hebung der Lage der Kollegen und Kolleginnen innerhalb der Organisation weiter zu arbeiten. (Lauter Bericht.) In der lebhaften Diskussion meinte Kollege Hämmerl, daß es besser gewesen wäre, wenn Kollege Brey in einer erweiterten Ausschussung diese Angelegenheit behandelt hätte. Er gesteht aber ein zu, daß er von der Haltlosigkeit der gegen Hämmerl gerichteten Anschuldigungen nach den Ausführungen des Kollegen Brey völlig überzeugt sei und forderte die Kollegen auf, wieder getrieben in der Organisation zusammen zu arbeiten. Er selbst ermahnte für seine Person ein gerechtes Urteil vom Hauptvorstand. Nach weiterer lebhafter Diskussion wurde schließlich folgende Resolution gegen 2 Stimmen angenommen:

Die heutige nachstehende Mitgliederversammlung erkennt an den Ausführungen des Hauptvorstandes Kollegen Brey, daß die gegen die Geschäftsführung und die Verantwortlichkeit der Organisation in die Welt gesetzten Gerüchte jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Die Organisation bringt den Kollegen Hämmerl, Statistiker sowie der Verantwortlichkeit in weiten Kreisen entgegen und anerkennt an ihm tüchtige Kollegen und Kolleginnen, auch wie vor der Entlassung zu kämpfen und weiter anzukämpfen, den Kollegen und Kolleginnen zu Hilfe, unserer Freunde zum Zeugnis.

Löhndorf. In unserer letzten Versammlung wurde die Frage der Kandidaten für die Wahlperiode, die am 1. Januar 1907 beginnt, und vom Reichsversicherungsamt gegenwärtig ausgeschrieben und ist der Endtermin für die Wahl auf den 15. September festgesetzt.

Als Vertreter der Arbeiter sind für die Industrie, im Bergbau, im Eisenbahnbetrieb und das Gewerbe 2 nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 36 Stellvertreter zu wählen. Für die Land- und Forstwirtschaft sind gleichfalls 2 nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 24 Stellvertreter zu wählen. Für die Gewerkschaften sind 2 nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 2 Stellvertreter zu wählen. Die Wahlen erfolgen einheitlich für ganz Deutschland von den Beisitzern der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung; für die Benennung drei Berufsgruppen gesondert. Die Vorbereitungen zur einheitlichen Vornahme der Wahlen sind von dem Zentral-Arbeitersekretariat in Berlin, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen gemeinsam getroffen. Es ist den Gewerkschaftskartellen und Arbeitersekretariaten am Sitz der einzelnen Landesversicherungsanstalten der Antrag zuzuleiten, die nötigen Vorbereitungen zu treffen für die Anstellung geeigneter Kandidaten. Die von diesen Kommissionen vorgeschlagenen Kandidaten sind auf einer gemeinsamen Sitzung des Schiedsgerichtsbeisitzern zur Wahl empfehlend. Wir richten deshalb auch an dieser Stelle an die Schiedsgerichtsbeisitzer das dringende Ersuchen, für jene Liste zu stimmen. Die Schiedsgerichtsbeisitzer haben selbst genügend Gelegenheit, Einsicht zu nehmen, wie wertvoll in der Beschuppung die Vertretung der Arbeiter ist. Wir brauchen Männer, die objektiv ihres Amtes wachen und in der Lage sind, einseitige, unzutreffende Darstellungen, die zumgunsten der Arbeiter gegeben werden, zurückzuweisen. Mehr wie je ist heute in gewisser Hinsicht, die von jeder Seite sozialpolitischer Reformen gewiesen sind, die Reizung vorstehend, von einer Reizung der Arbeiter zu sprechen. Daß nicht auch die Beschuppung immer mehr sich in den Lagen dieser einzigen Angelegenheit stellt, wird mit die Aufgabe einer tüchtigen Arbeitervertretung sein.

die Organisation hat dies unterfucht. Hier sind die Verhältnisse schuld, die in diesem Betriebe herrschen. Kein Frühstückskaumfist da, wo die Arbeiter frühstücken können; sie sollen es in diesem Staube tun. Als letzthin der Herr Gewerbeinspektor dahingewesen ist, ist er auch nur, wie das üblich ist, dahin geführt worden, wo eben weniger zu sehen und zu finden ist. Wir haben kürzlich in einer Ziegelei erlebt, daß der Inspizitor von einem Arbeiter zurückgeholdt wurde und dann in alle Winkel geführt worden ist. Da hat der Inspizitor mit dem Kopf geschüttelt, wie er gefunden hat, wie die fremden Arbeiter schlafen. Und noch verschiedenes andere ist ihm gezeigt worden. Ja, da hat er angefangen, sich Notizen zu machen, um für Abänderung zu sorgen. Wenn das immer so gemacht würde, da würde mancher Mißstand eher verschwinden. Und so ist das auch in obigem Betriebe. Herr Biesche hat ferner gesagt: Wer in Verband ist, ist gegen meine Interessen und dem kann ich nicht zulegen. Sobald aber wieder eine Versammlung stattfindet, werde ich alle Organisierten entlassen. Nun, die Organisation läßt sich nicht einschüchtern, sie beruht die Versammlung bei passender Gelegenheit. Den Arbeitern bei Biesche aber wollen wir raten: Laßt euch nicht ins Wackeln jagen.

Straubing. Auch in unserem sonst betreffs der Arbeiterbewegung noch soweit zurückstehenden Straubing hat sich jetzt eine Zählstelle unseres Verbandes erschlossen, welche in der Versammlung vom 22. Juli bereits die Mitgliederzahl von 40 erreichte. In dieser Versammlung erläuterte der nunmehrige 1. Bevollmächtigte Kollege Huber den Zweck und Nutzen des Verbandes und legte ferner die miserablen Verhältnisse dar, unter welchen die ungelernen Arbeiter, besonders aber die Ziegler am Orte zu arbeiten und zu leben haben. Der Verband bezweckt, durch die Geschlossenheit seiner Mitglieder letzteren irgendwelche Vorteile im Lohn- und Arbeitsverhältnis zu erringen, da einer oder einige dazu nicht imstande seien. Natürlich gehöre dazu, daß dem Verbands auch Geldmittel in Gestalt der Beiträge zugeführt würden, denn Lohnbewegungen kosteten Geld, viel Geld. Daß aber auch in Straubing für die Arbeiter die Verhältnisse dringend verbesserungsbedürftig seien, das zeigten die Löhne von 2,20 M. für männliche und 1,20 M. für weibliche Arbeiter pro Tag, und von diesem Hungerlohn würden z. B. auf der Jungmeierischen Ziegelei gleich noch 3 M. Skaution einbehalten. Mehrer trüßte ferner, daß in den Jungmeierischen Fabriken die Verhältnisse so miserablen seien, daß mancher gern nach München und wohl noch Lohn im Stich lasse, nur um aus diesem Dorado herauszukommen. Die Verwendung von Jugendlichen in geschwinderiger Arbeitszeit sei in diesen Fabriken oft anzutreffen, ja sogar Kinder unter 14 Jahren seien bereits 10 Stunden beschäftigt worden. Es werde diesen jugendlichen Arbeitern geheißen, unwahre Angaben über Alter und Arbeitszeit zu machen, wenn mal Inspektion sei. Diese Mißstände abzuhelfen wäre dringend notwendig, schloß Redner, aber das sei nur möglich, wenn sich möglichst alle dem Verbands anschließen. Der Verlauf der Versammlung läßt die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß diese Mahnworte durch baldigen größeren Mitgliederanfluß ihre Früchte zeitigen werden.

Wies. Daß die Behörde uns wohl will, hat sie hier wiederum doppelt bewiesen. Nachdem uns am 27. Juli die zweite öffentliche Versammlung wegen Saal-Überfüllung aufgelöst worden, unterlagte uns der Amtsvorsteher eine für den 5. August auf das freie Feld berufene Versammlung wegen nicht geeigneten Platzes. Es hätte aber alles nichts, denn noch am selben Nachmittage fand im Vereinshaus eine gut besuchte Versammlung von Organisierten statt, welche die Zusammenkunft nicht, in welcher der Kollege Bennewitz-Berlin über „Moderne Klassenkämpfe“ sprach. Ob die Behörden nicht bald einsehen, daß sie mit diesen Versammlungsausschlüssen uns unsere Arbeit verriechen?

Wien. Die letzte Versammlung eröffnete der 1. Bevollmächtigte mit der Mitteilung, daß die Versammlungen von jetzt an regelmäßig am ersten Sonntag im Monat stattfinden. Da der dritte Bevollmächtigte Hartmann fast nie erschienen, wurde an dessen Stelle Kollege Wiedenlocher vorgeschlagen. Hierauf referierte Kollege Knoll über den Wert der Organisation, mit dem Erfolge, daß sich einige Kollegen als Mitglieder aufnehmen ließen. Anschließend hieran besprach Kollege Knoll einige Fabriklohnverhältnisse. Sodann wurde noch beschlossen, daß künftig den Kartelldelegierten 50 Pf. pro Sitzung vergütet werden und ein Ausflug nach Bauernsitz stattfinden soll. Die Feier eines Stiftungsfestes wurde abgelehnt, doch soll am Sonnabend, 18. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gläserischen Gasthof in Marienthal eine öffentliche Versammlung stattfinden zwecks Organisation der Ziegelei-Arbeiter. Daß dieses Ziel auch erreicht wird, dazu mögen sämtliche Mitglieder ihr Möglichstes beitragen.

Waldheim. Vom Schlachtfelde der Arbeit wurde am 30. Juli einer unserer besten Kollegen, Franz Radwiz, als Leiche heimgetragen. In einem Steinbrüche mit einem anderen Kollegen beim Bohren beschäftigt, löste sich oberhalb eine größere Steinmasse, stürzte auf den Kollegen und verletzte ihn derart, daß er schon auf dem Transport zum Siechenhaus verschied. Der Kollege war ruhig, aber stetig für den Verband tätig, und noch nach dem glücklichen Unfall fand man Aufnahmeweise bei ihm vor. Unserer Zählstelle wird der wackere Mitstreiter untergepflegt bleiben.

Wernigerode. Die „Einigkeit“, das Organ der Lokalistin, bringt in der Nummer 28 einen Bericht aus Wernigerode, der die Behauptung aufstellt, die bei uns organisierten Kollegen seien aus dem Lokalverein in Wernigerode wegen zeitweiser Beiträge gestrichen. Ist das schon eine Unwahrscheinlichkeit, so ist es eine insame Verleumdung, wenn behauptet wird, Mitglieder hätten als frühere Mitglieder des Lokalvereins kein und kein nicht unterschrieben können. Der ganze Artikel scheint im Unmut darüber geschrieben zu sein, daß unsere Mitglieder, der lokalistischen Verpöchtelung überdrüssig, sich dem Verbands angeschlossen und dadurch der lokalistischen Verpöchtelung den Boden entzogen haben.

Die Wahlen der Arbeitervertreter zum Reichsversicherungsamt

für die künftige fünfjährige Wahlperiode, die am 1. Januar 1907 beginnt, sind vom Reichsversicherungsamt gegenwärtig ausgeschrieben und ist der Endtermin für die Wahl auf den 15. September festgesetzt.

Als Vertreter der Arbeiter sind für die Industrie, im Bergbau, im Eisenbahnbetrieb und das Gewerbe 2 nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 36 Stellvertreter zu wählen. Für die Land- und Forstwirtschaft sind gleichfalls 2 nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 24 Stellvertreter zu wählen. Für die Gewerkschaften sind 2 nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 2 Stellvertreter zu wählen.

Die Wahlen erfolgen einheitlich für ganz Deutschland von den Beisitzern der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung; für die Benennung drei Berufsgruppen gesondert.

Die Vorbereitungen zur einheitlichen Vornahme der Wahlen sind von dem Zentral-Arbeitersekretariat in Berlin, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen gemeinsam getroffen.

Es ist den Gewerkschaftskartellen und Arbeitersekretariaten am Sitz der einzelnen Landesversicherungsanstalten der Antrag zuzuleiten, die nötigen Vorbereitungen zu treffen für die Anstellung geeigneter Kandidaten. Die von diesen Kommissionen vorgeschlagenen Kandidaten sind auf einer gemeinsamen Sitzung des Schiedsgerichtsbeisitzern zur Wahl empfehlend. Wir richten deshalb auch an dieser Stelle an die Schiedsgerichtsbeisitzer das dringende Ersuchen, für jene Liste zu stimmen. Die Schiedsgerichtsbeisitzer haben selbst genügend Gelegenheit, Einsicht zu nehmen, wie wertvoll in der Beschuppung die Vertretung der Arbeiter ist. Wir brauchen Männer, die objektiv ihres Amtes wachen und in der Lage sind, einseitige, unzutreffende Darstellungen, die zumgunsten der Arbeiter gegeben werden, zurückzuweisen. Mehr wie je ist heute in gewisser Hinsicht, die von jeder Seite sozialpolitischer Reformen gewiesen sind, die Reizung vorstehend, von einer Reizung der Arbeiter zu sprechen. Daß nicht auch die Beschuppung immer mehr sich in den Lagen dieser einzigen Angelegenheit stellt, wird mit die Aufgabe einer tüchtigen Arbeitervertretung sein.

Von den vorgeschlagenen Kandidaten haben viele schon seit Jahren als Beisitzer im Reichsversicherungsamt mitgewirkt und sich als sachkundige Vertreter bewährt. Die neuen Vorschläge, die notwendig wurden, weil die Zahl der gewerkschaftlichen Beisitzer von 50 auf 74 erhöht ist, einige Beisitzer freiwillig ausschieden und nicht mehr in versicherungspflichtigen Betrieben beschäftigt waren, sind mit peinlicher Rücksichtnahme der wichtigsten Aufgaben, die die Arbeitervertreter beim Reichsversicherungsamt zu erfüllen haben, erfolgt. Die Liste der vorgeschlagenen Kandidaten geht den Schiedsgerichtsbeisitzern zu, wo dies nicht geschehen ist, müssen sich die Beisitzern an das nächste Arbeitersekretariat wenden. Desgleichen bitten wir da, wo der Abstimmungsmodus den Schiedsgerichtsbeisitzern unklar erscheint, sich an das nächste Arbeitersekretariat oder direkt an uns zu wenden.

Um den Wahltermin nicht zu versäumen und auch zu verhindern, daß das den Schiedsgerichtsbeisitzern zugeordnete amtliche Zirkular verloren geht, bitten wir dringend, die Wahl sofort vorzunehmen.

Da die Stimmzettel, ohne daß von anderer Seite Einsicht genommen wird, direkt an das Reichsversicherungsamt gesandt werden, so haben die Schiedsgerichtsbeisitzer nicht zu befürchten, daß Personen, die ihnen in ihrem Arbeitsverhältnis Schaden zufügen können, von ihrer Abstimmung Kenntnis erhalten.

Bei der großen Bedeutung, die die Wahlen für die durch Unfall zu Schaden gekommenen oder durch Krankheit invalide gewordenen Arbeiter haben, bitten wir dringend, die Abgabe der Stimme nicht zu versäumen und für unsere Vorschlagsliste einzutreten.

Berlin, den 6. August 1906.
Das Zentral-Arbeitersekretariat,
Engel-Ufer 15 IV.

Verbandsnachrichten.

Zur Erhebung eines Extrabeitrages haben Zustimmung erhalten:

- Neustadt. 10 Pf. pro Mitglied und Monat.
- Esterwerde Franz Kautin D 13 La, Esterwerda.
- Grünleben. Friedr. H e n n e b e r g, Bergstr. 358a.
- Friedland i. Meißl. C. S e e m a n n, Könnigstr. 440.
- Sernshelm. Andr. H i e r s t a n d, Kaiser-Wilhelmstr. 21.
- Rempten. Georg K o h l e r, Holzplatz 84. Auszahlung der Unterstützung von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonn- und Feiertags von 12 bis 1 Uhr mittags.
- Kalk. Paul K r n s w a l b, Gartenstr. 36, I.
- Lödnitz. Felix L u l a y a, B o o l b. Lödnitz.
- Niesitz (O.L.). Joseph B r a u n e r, Neu-Särdschen.
- Zeitz. Ernst R i e d e l, Kramerstr. 2.
- Oderberg. Die Erwerbslosenunterstützung wird vom 18. August an jedem Sonnabend von 8-9 Uhr abends bei Fr. M e i e r, Oderberg, ausbezahlt.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

- Nr. 22 337, lautend auf den Namen H e i n r i c h K a n t e r.
- Nr. 113 420, lautend auf den Namen F e r d. P e t e r s in Elmshörn.
- Nr. 122 954, lautend auf den Namen H e r m a n n W e i g a u in Dresden.
- Nr. 135 590, lautend auf den Namen H a n s K ö p p e n (ausgestellt am 11. 5. 06).
- Nr. 15 508, lautend auf den Namen V e r t o l d F e t t (eingetretet am 11. 8. 94). Dieses Buch ist nebst dem Reise-Kontrollschein Nr. 1 gestohlen.
- Nr. 161 420, ausgestellt für H e r m. L ü b e d e.

Inserate.

Zählstelle Diebrich.

Sonnabend, den 1. September, abends 8 1/2 Uhr: **Versammlung** im „Kaiser Adolf“.

Tagesordnung: Bericht vom Verbandstag. Ref.: Gausleiter Knöchel, Offenbach. Um zahlreichen Besuch ersuchen Die Bevollmächtigten.

Zweiter Lokalbeamter.

Die Anstellung erfolgt auf Grund der Bestimmungen des Verbandstages. Bewerber haben ein mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehenes Bewerbungs-schreiben bis zum 1. September d. J. an den Unterzeichneten einzusenden. Dem Bewerbungsschreiben ist eine vollständige Quartalsabrechnung beizufügen. Reflektanten müssen 3 Jahre unserer Organisation angehören und zur Abhaltung von Organisations-Vorträgen befähigt sein. **Die Anstellungs-Kommission.** S. A.: Wilhelm Brava, Braunschweig, Grünstr. 10.

Freiberg.

Unsere Mitglieder-Versammlungen fagen jeden 1. Sonntag im Monat, mittags 10 Uhr, in der „Union“.

Zählstelle Hamburg.

Montag, den 27. August, abends 8 1/2 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** im Lokale des Herrn Horn (Sammonia-Gesellschaftshaus), Hofe Bleichen.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Verbandstag in Leipzig. 2. Bericht vom Gewerkschafts-Kartell. 3. Angelegenheit, betreffend Oskar Barth, Distr. Warmbed. 4. Innere Verbands-Angelegenheiten. Wegen der Wichtigkeit, namentlich des ersten Punktes der Tagesordnung, ist es dringend notwendig, daß jedes Mitglied in der Versammlung erscheint. **Die Bevollmächtigten.**

Zählstelle Oederan und Umgegend.

Den Kollegen und Kolleginnen zur gefälligen Beachtung, daß unsere **Mitglieder-Versammlungen** jeden ersten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, im Lokale der „Erholung“ stattfinden.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen, da wichtige Punkte vorliegen. **Der Vertrauensmann.**

Belzen.

Ich erlaube mir die Mitteilung, daß ich das **Restaurant „Zum goldenen Stern“**, Bahnhofstr. 8, von Herrn Fr. Rosinski übernommen habe. Billard und Vereinszimmer haben zur gefälligen Benutzung. Für gute Speisen und Getränke ist stets gesorgt.

Um geneigten Zuspruch bittend, zeichne hochachtungsvoll **Paul Rädke.** 1,65 M.